

"F"U-Präsidium bemüht 300 Polizist_innen zur Verteidigung des Henry-Ford-Baus. Präsident Alt vorläufig noch im Amt.

Fr. 25. Januar 2013

Das Referat für Hochschulpolitik des RefRates der HU Berlin

Am 23. Januar 2013 mobilisierte das Präsidium der "F"U ein massives Polizeiaufgebot um die studentische Öffentlichkeit bereits vor Beginn der Sitzung des prinzipiell öffentlich tagenden Akademischen Senats auszuschließen. In der Senatssitzung sollte die seit Monaten kritisierte Rahmenstudien- und Prüfungsordnung (RSPO) beschlossen werden. Um jeglichen Protest zu unterbinden, wurde der Henry-Ford-Bau vom universitätseigenen Sicherheitsdienst sowie insgesamt drei Einsatzhundertschaften abgeriegelt. Eine Gruppe von Protestierenden wurde im Seitenflügel des Gebäudes festgehalten. Im Verlauf der Proteste kam es zu mindestens zwei Festnahmen, wobei wenigstens eine davon ohne ersichtlichen Grund erfolgte.

"Ich bin schockiert angesichts der Gewalt, mit der demokratische Prozesse vom Präsidium der 'Freien' Universität sabotiert und abgeriegelt werden.", sagte dazu HU Student Enno H. fassungslos und ungehalten und fragte weiter:

"Was sagt das über die 'F'U aus, dass das Präsidium dreihundert Polizist_innen ins Feld führt, um die größte Statusgruppe der Uni verhaften, aussperren und treten zu lassen?"

Derzeit findet in den HU-Gremien ein sehr ähnlicher Prozess mit der Novellierung zentraler Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen statt, der allerdings nicht solche Formen angenommen hat: Das Referat für Hochschulpolitik der HU, welches eben jenen Prozess durchweg begleitet, weist darauf hin, dass die Studierenden der "F"U mit dem Streik ein völlig legitimes Mittel eingesetzt haben, um ihre Interessen zu wahren!

"Es ist eine Schande und Blamage, dass so etwas, wie dieser Polizeieinsatz, an einer Universität passieren kann und darf - wo doch immer das Ideal eines freien, offenen und eben auch kritischen Geistes so hochgehalten wird", sagte Matthias Geisler, Referent für Hochschulpolitik des Referat_innen Rats der HU (gesetzlich AStA), erbost über die Ereignisse an der "F"U. "Ebenso finde ich äußerst wichtig, dass die Erprobungsklausel neu und breit diskutiert werden muss, da sie eben im Falle der 'F'U zu einem massiven Ungleichgewicht der Zuständigkeiten und Machtverhältnissen innerhalb der Gremien und Ämtern geführt hat."

Die Erprobungsklausel nach §7a Berliner Hochschulgesetz (BerIHG) erlaubt u.a. Kompetenzen und Zusammensetzung der Gremien und Ämter die durch das BerIHG vorgeschrieben sind durch hochschuleigene Regelungen zu ersetzen. Dies hat im Fall der "F"U dazu geführt, dass das Präsidium auf Grund weitreichender Haushaltskompetenzen weitgehend unabhängig von der Akademischen Selbstverwaltung wichtige Entscheidungen alleine fällen kann und somit keine wirksame Beteiligung der Statusgruppen mehr gewährleistet ist (siehe <http://fuwatch.de>).

Die von Universitätspräsident Peter-André Alt betriebene Eskalation wird als Angriff auf die ohnehin unzureichenden Mitbestimmungsrechte von Student_innen wahrgenommen.

"Ich als Berliner Studentin bin erschüttert, dass in Dahlem erneut mit Gewalt gegen Studierende vorgegangen wird, um diese an der Mitgestaltung des RSPO-Entwurfs zu hindern", sagte Elisa W. "Ich betrachte diese Entwicklungen schon von Anfang an mit großer Sorge."

Das Referat für Hochschulpolitik fordert das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin auf, sich von diesen Übergriffen zu distanzieren und diese zu verurteilen. Außerdem fordert das Referat die Mitglieder des Akademischen Senats der "F"U dazu auf, dem angekündigten Antrag der studentischen Vertreter_innen auf Abwahl des Präsidiums und Einleitung des Grundordnungsverfahrens zuzustimmen.

Ebenso unterstützt das Referat die entsprechende Petition und hofft auf möglichst viele Unterstützer_innen: <https://www.openpetition.de/petition/online/ruecktritt-von-peter-andr-alt>